

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 92.

Donnerstag, den 21. April 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Arbeiter!

berichtet die Maidemonstration vor!

Der internationale Arbeiterkongress (Paris 1889) beauftragte seine Delegierten, an einem bestimmten Tage des Jahres in allen Ländern eine Demonstration zu organisieren und von den öffentlichen Gewalten

Achtstundentag und Arbeiterschutz

zu fordern. Als Tag dieser Demonstration wurde der 1. Mai festgesetzt.

Auf dem ganzen Erdkreis ist diesem Beschluß Folge gegeben worden. Überall, wo klassenbewußte Arbeiter organisiert sind, begeht das Proletariat in diesem Jahre zum neunten Male die Feier des 1. Mai. Die Arbeitsruhe ist im Laufe der Jahre an diesem Weltfeiertag immer umfangreicher geworden. Und die Hunderttausende klassenbewußter Arbeiter, die es nicht wagen dürfen, den von dem internationalen Arbeiterparlament eingesetzten Feiertag selbst mit zu begehen, waren, im Stillen empört über das Sklavensystem, in das sie die kapitalistische Entwicklung gepreßt, wenigstens im Geiste bei denen, die an diesem Tage aus eigenem Willen teilnehmen konnten an der Demonstration für die

Völkerbefreiung und den Weltfrieden!

Diesmal fällt der Weltfeiertag auf einen Sonntag. Die dem Kapitalismus dienenden Blätter können diesmal das philisterhafte Bürgerthum nicht wochenlang vorher mit der „sozialistischen Machtprobe“ und der „proletarischen Diktatur“ aufregen. Gar mancher Arbeiterausbeuter aber, der sonst nicht genug zeteren konnte über die Willkür der Arbeiter aus eigenem Willen an einem Tage im Jahre sich freizumachen von den Banden des Kapitalismus, würde diesmal am 1. Mai aus Trotz und Hochmuth „seine“ Arbeiter in die Fabriken und Werkstätten beordern, wenn ihm das Gesetz nicht hindernd im Wege stände.

Ist es in diesem Jahre auch für die Arbeiter gegenstandslos, durch die Arbeitsruhe zu demonstrieren, so wird die Bedeutung des diesjährigen Weltfeiertages in der

Massenbetheiligung

liegen. Genossen! Es gilt die Arbeiter-Bataillone zu formieren und durch die Theilnahme der Massen zu bekräftigen, daß die Hunderttausende der Arbeiter der Forderung des

Achtstundentages und des Arbeiterschutzes

zustimmen, wenn sie auch früher sich den Maidemonstranten nicht anschließen und an der „Machtprobe“ nicht teilnehmen konnten.

Die Machtprobe des Proletariats vollzieht sich auf politischem Gebiete. Und hat in diesem Jahre der 1. Mai einen etwas anderen Charakter als sonst, so wird das deutsche Proletariat wenige Wochen nach dem 1. Mai bei den

Reichstagswahlen

seine Machtprobe so liefern, daß den reaktionären Parteien die Freude daran vergehen wird.

Und kommt diesmal bei der Maifeier die Frage der freiwilligen Arbeitsruhe in Wegfall, so wird doch ihre Bedeutung als Demonstration für den

Völkerfrieden

und gegen Militarismus und Marinismus um so schärfer in den Vordergrund treten. Der Massenauftmarsch der Maidemonstranten von 1898 wird den Flottenpatrioten die Antwort geben auf die neue Volksbelastung, die das Marinevotum des Reichstages zur Folge hat.

Die Ereignisse auf dem politischen Gebiete geben der diesmaligen Maidemonstration einen womöglich noch größeren Inhalt. Das klassenbewußte Proletariat hat deshalb vollzählig auf dem Plane zu erscheinen.

Arbeiter! Genossen! Trefft alle erforderlichen Vorbereitungen!

Konservative Programmpunkte.

Der beginnende Reichstagswahlkampf hat die „Kreuzzeitung“ veranlaßt, sich in einer Darlegung und

Rechtfertigung des Programms der konservativen Partei zu versuchen. Dieses Programm ist vom 8. Dezember 1892, das sogenannte „Tivoli-Programm“, welches das Motto trägt: „Schreien wir!“ — ein Konglomerat von wirklich grenzenloser Heuchelei und erstaunlich raffinierter politisch-spekulativer Berechnung.

Die „Kreuzzeitung“ behauptet, es seien da die wirtschaftlichen Ziele der konservativen Partei zusammengefaßt in die Worte: „Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit.“ Auf diesem Boden habe sich die konservative Wirtschaftspolitik stets bewegt und auf ihm bewege sie sich noch heute; stets habe sie den „friedlichen Ausgleich der Interessengegensätze“ (!!) erstrebt und jederzeit sei sie der „Solidarität der nationalen Produktion“ sich bewußt gewesen.

Diese Lügen dürften wohl Keinen, der den Charakter der konservativen Politik kennt, überraschen. Die Politik der Junker und Agrarier ist von jeher eine Politik des Raubes und des Parasitismus gewesen — und ist es heute mehr als sie je zuvor es war. Nicht geschützt und gefördert haben sie redliche Arbeit, nein, sie haben dieselbe unterdrückt und ausgebeutet und so zur Verschärfung der Interessengegensätze erheblich beigetragen. Immer waren sie bemüht, die ganze Wirtschaftspolitik in Staat und Reich ihren Sonderinteressen günstig zu gestalten, ohne Rücksicht auf die Massen der ehrlich Arbeitenden. Die Massen werden wahrlich nicht geschützt und gefördert durch das von der konservativen Partei mit ausgestaltete ungerechte System der Zölle und indirekten Steuern, sondern ganz gewaltig geschädigt. Damit die Junker, die Großgrundbesitzer, höhere Profite einheimen können, muß das arbeitende Volk seine nothwendigsten Lebensmittel theurer bezahlen.

Der von der konservativen Partei angestrebte „Interessenausgleich“ läuft auf die Herrschaft des junkerlich-agrarischen Ausbeutungsgewinnes hinaus. Die „Kreuzzeitung“ versichert, diese Partei habe „ideale Ziele“ — das höchste dieser Ziele auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Tributpflichtigkeit der ehrlich Arbeitenden zu Gunsten einer „standesgemäßen Unterhalt“ beanspruchenden Schmarogersippe.

Das edle Blatt rühmt, sowohl die konservative Wirtschaftspolitik wie Sozialpolitik habe eine „sittlich-christliche“ Grundlage, vollziehe sich auf dem Boden des „praktischen Christenthums“. Dieser Tage hat die ultramontane „Germania“ erklärt, das Wort vom „praktischen Christenthum“ sei ein böses Schlagwort. Wir sagen, es ist das dumme und erbärmlichste Schlagwort, das von „staats-erhaltender“ Politik je erfunden worden ist zu dem Zwecke, die Massen, die ein gutes menschliches Recht auf Verbesserung ihrer Lage haben, zu täuschen. Wenn nun gar die „Kreuzzeitung“ mit diesem Schlagwort für ihre Partei kämpft, so fühlt man sich versucht, ihr zu rathen, sie möge doch den Junkern und Agrariern ins Gewissen reden, daß sie von ihrer grenzenlosen Begehrlichkeit ablassen und die so oft als Subjekt alles praktischen Christenthums bezeichnete „Tugend der Entfagung“, die sie den Armen und Unterdrückten zumuthen, selber üben.

Das Schlagwort vom „praktischen Christenthum“ im Wahlkampf! Eine schlimmere Blöke kann sich die konservative Partei nicht geben. Diese Waffe wird sich verderblich gegen die Lehren, die in Ermangelung einer besseren sie gebrauchen, um elende Spiegelschere zu treiben.

Nach der Auslegung, die das Junkerorgan dem Programm der konservativen Partei giebt, umfaßt dieselbe mit ihren Forderungen mit wahrhaft aufopfernder Liebe alle Berufsstände und Gesellschaftsklassen, die Bauern, die Handwerker, die Großindustriellen und die Arbeiter.

Zwar hat, besonders in Preußen, gerade der Konservatismus, das adlige Großgrundbesitzerthum, die konservative Partei ungeheuer gefrevelt am Bauernstande. Durch List, Betrug und Gewalt hat das Junkerthum, auf die Ausbildung seiner Fideikomnisse und Latifundien bedacht, ungezählte Tausende von Bauern wirtschaftlich vernichtet und zu Lohnsklaven gemacht. Aber diese Thatfache existirt für die „Kreuzzeitung“ nicht;

sie möchte glauben machen, der Bauer habe keinen bessern Freund als den Junker und die konservative Partei sei auf die „Erhaltung des Bauernstandes“ bedacht! Deshalb fordern sie ein Heimstätten-gesetz, die „Sicherung der Scholle“. In Wahrheit aber hat diese Partei an der Erhaltung eines Standes freier selbständiger Bauern gar kein Interesse. Sie will nur die noch vorhandenen Bauern durch Vorpiegelung einer „Interessensolidarität“ an sich fesseln, um sie bei den Wahlen als Stimmvieh benutzen zu können. Lediglich darauf kommt es den Agrariern an, für ihren landwirtschaftlichen Großbetrieb genügend Lohnsklaven zur Verfügung zu haben.

Der menschenunwürdigen Behandlung, die ihnen die Herren angedeihen lassen, laßt, laßt ihnen die ländlichen Proletarier davon. Da soll die Heimstätten-gesetzgebung und die Beschränkung der Freizügigkeit helfen, nicht etwa einen „Bauernstand zu erhalten“, sondern arme Lohnsklaven an die Scholle zu fesseln.

Und die „Handwerkerfreundlichkeit“ der Konservativen? Auch nur ein politisch-spekulativer Schwindel. Sie nehmen die thatsächliche, aber in der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung begründete Nothlage des Handwerks zum Vorwand, um in ihm zünftlerische Vorurtheile und Thorheiten zu nähren. Sie versprechen dem „Bruder Handwerker“ wie dem „Bruder Bauer“ Hilfe gegen das Großkapital, einmal um Wahlstimmen zu erschwindeln, und dann auch, um ihre grundsätzliche Feindschaft gegen die wirtschaftliche Entwicklung, gegen das in industriellen und kommerziellen Unternehmungen angelegte mobile Kapital leichter betätigen und „rechtfertigen“ zu können. Lediglich auf die Wahrung der agrarisch-junkerlichen Interessen ist es dabei abgesehen; das nothleidende Handwerk wird lediglich als Deckung benutzt.

Den wahren und berechtigten Interessen des Handwerks, sich begreifend in redlicher, freier Arbeitsleistung, hat der Konservatismus stets widerstrebt. Im blutigen Kampf mit dem privilegierten Adel und der privilegierten Geistlichkeit hat einst das Handwerk sich seine Freiheit und damit den Boden für seine Entwicklung erringen müssen. Immer war der konservative Geist, das heißt der Geist der Herrschaft und der Umarmung, bemüht, das Handwerk in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit von sich zu halten. Deshalb nimmt es sich als eine Satire aus, die „Edelsten der Nation“ Handwerksretterei betreiben zu sehen. Aber heutzutage ist es zugleich, zu beobachten, daß es thatsächlich Handwerker giebt, die sich zu solch plumpem Humbug mißbrauchen lassen. Wir hoffen, auch in dieser Hinsicht wird der Wahlkampf klärend wirken.

Und nun erst die Arbeiter! Die sollen erst recht behütet werden „vor dem gemeinsamen sozialrevolutionären Feind“. Ergo sagt ihnen die „Kreuzzeitung“, daß sie auf das „Wohllöwen“ und die „Fürsorge“ der konservativen Partei sich verlassen können! In welchem Maße die Herren Großgrundbesitzer, die Männer des „praktischen Christenthums“ sich der „Arbeiterfreundlichkeit“ zu befeigen vermögen, das zeigt am besten das elende Loos, das sie „ihren“ Arbeitern bereitet haben. Zu Armuth, Elend und Unwissenheit haben sie diese Arbeiter verurtheilt. Die dummen und stupidesten, in der Erziehung am größtenteils vernachlässigten Arbeiter sind ihnen, wie sie oft genug offen eingestanden haben, die Liebsten, so dieselben nur „recht christlich“ gehorsam sind und gute Knochen und Muskeln haben, d. h. zu rückwärtsloser Ausbeutung sich eignen.

Den wirtschaftlichen Existenz-Idealen der Konservativen passen genau ihre Erziehungs-Ideale und ihre Bevormundungs-Ideale sich an. Unter „Volkschulbildung“ verstehen sie eine brutale Dressur des Geistes der aufwachsenden Generation. Die höhere Schulbildung soll zum Herrschen, die Volksschule soll zum Dienen und Entfagen „erziehen“.

In sozialpolitischer Hinsicht bekennet der Konservatismus in seinem Programm sich — wie die „Kreuz-

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Politik der Sozialdemokratie. Aus Anlaß des Wahlausfalls verbreitet sich der Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“ in dem soeben erschienenen neuesten Hefte über die Politik der deutschen Sozialdemokratie:

Die Sozialdemokratie kann die bürgerlichen Freiheiten und Rechte, so sieht der Briefschreiber aus, nicht besser schützen, als indem sie ihre prinzipienklare und prinzipientreue Politik scharfsondirt von dem bürgerlichen Parteiemischmasch. Nur dadurch hat sie die Macht gewonnen, die Rechte der Massen wirksam zu schützen. Um der Größe und Spahn, um der Barik und Mächtig, um der Eugen Richter und Max Hirsch willen brauchen sich die Wittkämper und Köhler und Kede nicht zu genieren, wenn sie das allgemeine Wahlrecht abzurufen wollen. Sowohl deshalb nicht, weil das allgemeine Wahlrecht in der bürgerlichen Opposition nur „eine Fremde“ besitzt, wie der sozialdemokratische Wahlausfall mit Recht sagt, als auch deshalb nicht, weil die bürgerliche Opposition im allgemeinen Falle lahmere Proteste erlassen und sich übrigens in die böse Zeit schlingen würde. Dagegen bestimt sich der verblissenste Reaktionsärzchenmal, ehe er die Fand an ein Volksrecht legt, hinter dem ein paar Millionen deutscher Arbeiter mit festem und klarem Entschluß stehen.

Je mehr sozialdemokratische Stimmen bei den nächsten Wahlen abgegeben werden, um so stärker sind die paar Volksrechte geschützt, die es im deutschen Reich noch giebt. Das ist so sicher wie das Einmaleins, und wird durch den ganzen Verlauf der drei letzten Jahrzehnte bestätigt, trotz allen Geschrei der liberalen Staatsmänner, die sich heute noch, wie schon zu Kassels Zeiten, einbilden, daß man die Schläge der Reaktion am besten mit der Hinterhand pariere. Gerade wenn die bevorstehenden Wahlen ein Nachlassen der sozialdemokratischen Agitation oder eine Abspannung ihrer revolutionären Seiten befürchten würden, gerade dann wären die letzten Volksrechte schwer gefährdet.

Man mag die Wittkämper und Köhler und Kede und Posadowsky für noch so beschränkt halten, und wir halten sie gewiß für keine Genies; so beschränkt sind sie doch nicht, um sich jetzt noch über den Charakter der modernen Arbeiterbewegung zu täuschen, um sich einzubilden, daß sie mit ihr je in aller Gemüchlichkeit haufen könnten. Ihre bösen Absichten werden nicht von Einbildungen und Hoffnungen, sondern allein von der Angst gebildet; nur so lange sie die Kraft und den Trost des Klassenbewußtseins fürchten, sind diese Schädlinge unschädlich zu machen. Sobald der Wändiger das erste Zeichen von Schwäche verrät, springt das Kanibalthier zu.

Noch unter einem anderen entscheidenden Gesichtspunkt ist die prinzipienklare und prinzipientreue Politik immer die erfolgreichste Politik für die Sozialdemokratie. Bei all ihrem schnellen Wachstum hat sie noch lange nicht die Mehrheit der Reichstagswähler um ihr Banner geschaart und wären alle ihre Wegener zu einem gemeinsamen Vorstoß gegen sie unter einem Hute zu sammeln, so müßte sie ihre Sache einstuweilen verloren aufgeben. Bekanntlich hat aber die „Politik der Sammlung“, selbst wenn sie ein so pfiffiger Politikus wie Herr Miguel betreibt, ihren besonderen Faken, und heute schon sagt manches sozialistischeres Blatt, daß die bürgerlichen Parteien, je mehr sie „gesammelt“ würden, um so heftiger und konsequenter aufeinander ließen. Das ist auch ganz natürlich und hängt untrennbar mit der Entwicklung der Sozialdemokratie zusammen. Eine starke Arbeiterpartei ist unüberwindlich ohne eine weit vorgeschrittene Berichtigung der bürgerlichen Gesellschaft, und eine solche Berichtigung ist unüberwindlich ohne eine entsprechende Berichtigung der bürgerlichen Parteien, die sich mit den feinsten Aufwachen an Gesetz- und Ordnungsiebe, an Krugsthum und Vaterlandsiebe nicht „sammeln“ läßt. Es ist so, als ob die Atome der Bewegung gegen die Keime des Lebens „gesammelt“ werden sollten. Je heftiger die einzelnen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft in dem unaufhaltsamen Niedergang dieser Gesellschaft um ihr Dasein ringen, je rückwärtsloser sie, um nur selbst oben zu bleiben, den Freund und Nachbar in den Abgrund stoßen müssen, um so hoffnungsloser ist der Versuch, sie zu „sammeln.“ Ein Heer, durch dessen Reihen der Schreckenslaut: „Nette sich wer kann! „sammelt“ kein Gott und kein Teufel mehr.

Dieser hoffnungslose Wirrwarr der herrschenden Klassen ist der große Vortheil, den die Sozialdemokratie nur gebrügg auszunützen braucht, um die Minderheit auszugleichen, worin sie sich, im Vergleich mit der Masse der bürgerlichen Parteien, immer noch befindet. Die Kriegsgeschichte aller Zeiten beweist, was eine in sich geschlossene, bewegliche, tapfere, wenn auch numerisch stärkere, aber von innerem Haber zerrissene, schwerfällige und hartenberzigen Koalitionshere. Diese Gunst der Umstände wird die Sozialdemokratie um so gründlicher auszunützen, je fester sie ihre Reihen zusammenschließt und je klarer sie sich über ihre Ziele ist. Wohl geht der Hauptsturm der nächsten Wahlen gegen das Junkertum und was mit ihm zusammenhängt, daran läßt auch der sozialdemokratische Wahlausfall keinen Zweifel. Aber daraus folgt nicht, daß sich die Sozialdemokratie in den bürgerlichen Oppositionsbrei anzulösen hat, sondern umgekehrt, daß sich diejenigen Elemente der bürgerlichen Opposition, die alte Sünden noch in der zwölften Stunde gut machen wollen, um das Banner der Sozialdemokratie zu schaaeren haben, um dies Banner, daß sich seit dreißig Jahren den Ehrenpalen errungen hat im Vorkampfe gegen den Kapitalismus und den Militarismus und alles, was die großen Massen huddelt und hüttelt.

Zum Besten der „nothleidenden Landwirtschaft“, um dieser billige Arbeitskräfte zu verschaffen, soll den deutschen Arbeitern stärkere ausländische Konkurrenz gemacht werden. Die amtliche „Berl. Korresp.“ bringt folgende diesbezügliche Mittheilung:

„Um dem in der Landwirtschaft vielfach hervorgetretenen empfindlichen Mangel an Arbeitern möglichst entgegenzuwirken, erscheint es geboten, für die Ausführung von Staatsbauten wo jener Mangel besonders sich fühlbar macht, mehr als bisher auch auswärtige Arbeiter heranzuziehen. Es kommen dabei zunächst zwar etwaige, im Inlande vorhandene überschüssige Arbeitskräfte, soweit aber solche nicht erhältlich, auch ausländische Arbeiter in Betracht, wie auch schon jetzt bei Neubauten in größerem Umfange Ausländer, insbesondere Italiener, auch Holländer und Scandinavier beschäftigt werden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher bestimmt, daß der nächste Abtag des § 11 der durch Erlass vom 28. September 1886 — II a (b) 11954 — festgesetzten Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Feld-, Rodungs- und Bausarbeiten, welcher lautet: „Bei der Annahme von Arbeitern sind die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der betreffenden Arbeitsstellen wohnenden geeigneten Arbeiter vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen.“ — bei der Vergabung derartiger Arbeiten bis auf Weiteres zu freieren ist.“

Das werden sich die Unternehmer nicht zwei Mal sagen lassen. Mit Wonne werden sie bedürfnislos auswärtige Arbeiter heranziehen, die zunächst die Löhne der inländischen Bauarbeiter drücken werden.

zeitung“ behauptet, obwohl in diesem Programm von „Arbeiterfürsorge“ die Rede ist — zu reformatorischen Grundfäden“. D. h. wie die Erfahrung lehrt, es darf etwas belanglose Arbeiterschutzesgesetzgebung — hauptsächlich auf Kosten der Arbeiter selbst — in's Werk gesetzt werden, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter „sich von der Sozialdemokratie abwenden“, auf politische Selbstständigkeit verzichten, es als selbstverständlich erachten, daß ihnen Wahlrecht und Koalitionsfreiheit geraubt werden, mit einem Wort: daß sie „hübsch artig“ sind, d. h. sich geduldig und widerspruchslos ausbeuten und unterdrücken lassen.

So lange die Arbeiter nicht so weit im konservativen Geist erzogen sind, daß sie es als höchste Aufgabe erachten, sich in solcher Weise „dankbar“ zu erweisen für ein Verflavungssystem — so lange geschieht es ihnen nach Ansicht der konservativen „Arbeiterfreunde“ ganz recht, wenn die sogenannte „Autorität“, worunter in erster Linie die Besitzübermacht zu verstehen ist, sich als Zuchtmeisterin ihrer annimmt, d. h. sie in gewissenloser Weise bedrückt, schikanirt und quält. Die „undankbaren“ Arbeiter, welche die Peitsche nicht lässen wollen, vielmehr sich erinnern, daß sie auch so zu sagen Menschen und Staatsbürger sind, die auf Brod, Recht und Freiheit Anspruch haben, sollen nach den Wünschen der konservativen Ordnungspolitiker durch Vergewaltigung dieser Ansprüche zum Gewaltkampf getrieben werden, damit Kanonen und Bayonnette den „Umsturzbestrebungen“ ein Ende machen. Bekanntlich haben die Organe des Konservativismus dieses Rezept der Bismarckschen Staatsrettungskunst stets vertheidigt. Der blutige Gewaltkampf gegen den „inneren Feind“ ist auch ein „Ideal“ der Junkersippe, und nicht das geringste unter ihren vielen „Idealen“, von denen jedes einzelne ein Verbrechen am Volke und an der Kultur in sich birgt.

Aber die böse Sozialdemokratie steht der Erfüllung dieses Ideals im Wege. Die Arbeiterführer wirken dieser verbrecherischen Absicht entgegen. Deshalb müssen grade sie und in erster Linie sie aufs Korn genommen und „unschädlich“ gemacht werden. Das konservative Programm enthält folgende Punkte:

14) Diejenigen Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen weite Kreise unseres Volkes gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung zu bekämpfen.

15) Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.

Die „Kreuzzeitung“ macht hierzu folgenden Eingekländniß:

„Daß unter „denjenigen“ Anhängern der Sozialdemokratie, welche durch ihre vaterlandslosen und auf den Umsturz des Bestehenden gerichteten Bestrebungen unser Volksleben und unser Vaterland gefährden, vor allen Dingen die Führer der sozialrevolutionären Bewegung zu verstehen sind, bedarf doch wahrlich keiner Auseinandersetzung. Ober wollte wirklich Jemand, der auf konservativem, staatserkaltendem Boden steht, im Ernste behaupten, daß die das Land aufwühlenden Agitatoren, die ihr Gift in der sozialdemokratischen Presse verpflanzenden Journalisten weite Kreise unseres Volkes, Staatswesen und Monarchie etwa nicht gefährden?“

„Die konservative Partei kennt kein Baktiren mit solchen Elementen, die sich als Feinde nicht nur der staatlichen Ordnung, sondern auch der christlichen Kirche charakterisiren. Solche Elemente haben kein Recht auf Duldung oder Schonung; sie sind nicht mit anderen politischen Richtungen, die auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehen, gleichberechtigt.“

Wir quittiren dankend und geben unserer Freude und Genugthuung darüber Ausdruck, im Wahlkampfe besonders diese Seite des „Geistes“ der konservativen Brutalität berücksichtigen zu müssen. Ob die Hochmuthstollheit der junkerlichen Schmarotzerippe uns „buldet“, ist uns sehr gleichgültig. Man wird die Sozialdemokratie, die stärkste und stetig wachsende Partei im Reich, schon dulden müssen. Auf Schonung haben unsere Agitatoren und Journalisten nie Anspruch erhoben. Aber das heilige Recht des Volkes vertheidigen sie und die Kraft, der Wille des Volkes wird sie dabei nicht im Stiche lassen.

Lasset sehen, ihr konservativen Staatsretter, was ihr dagegen auszurichten vermag! Uns kann nichts erwünschter sein, als wenn auch die anderen „staatserkaltenden“ Parteien in gleicher Weise den Wahlkampf eröffnen.

Hei, das soll ein Schlagen werden in den nächsten Wochen! Dort die rothigen, schartigen Waffen der Lüge und der Niedertracht — hier, bei uns, das blanke, allezeit scharfe Schwert der Wahrheit, und alle unsere Kämpfer dreifach gepanzert im Geiste der Gerechtigkeit. Dort der Pestodem der Knechtschaft — hier der Odem der Freiheit! Drüben die Banner der Entwürdigung, bei uns die Fahnen des Menschthums! („Hamb. Echo“.)

Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

Durch die abgestoßenen deutschen Erb- u. Arbeiter soll den Junkern das billige Arbeitermaterial beschafft werden, das sie davor schützt, den Landarbeitern höhere Löhne zahlen zu müssen. So muß Alles den Junkern zum Besten dienen, mögen auch die Interessen der Arbeiter dadurch schwer gefährdet werden. Den „Nothstand“ der Großen und der Mittelschichten will man dadurch befeitigen, daß man die Armen noch tiefer drückt.

Mit dem Verlust einiger bairischen Zentrumsmandate an den Bauernbund rechnet die „Köln. Volks-Ztg.“ schon jetzt sehr resignirt. Das hat die Flotten-Lieberei gethan! Selbst der Austritt der Baiern aus der Zentrumsparlei und Konstituierung Ersterer als Freikorps unter dem Namen katholische Volkspartei würde den Verlust von Reichstagsmandaten nicht mehr zu verhindern im Stande sein. Doch will sich das rheinische Zentrumsorgan über den Verlust trösten, wenn nur die Einigkeit des Reichstags-Zentrums unter allen Umständen erhalten bleibt.

Mit der Einigkeit scheint es aber zu Ende zu sein, wenigstens mit der Einigkeit der Wähler, was bei der Zentrumsparlei so viel heißt wie Gefügigkeit. Aber nicht nur die Baiern, auch die Bewohner anderer Gegenden, die bisher dem Zentrum unbedingte Hueresfolge leisteten, werden auffässig und unbotmäßig. Beispielsweise dürften die neuerlichen Vorgänge in Danabrück dem Zentrum viele seiner Wähler unter den Bergleuten entfremden.

Die Feindschaft der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit wird wieder einmal durch einige Zahlen aus der Praxis ad absurdum geführt. Die „Soziale Praxis“ bringt einen Auszug aus dem letzten Jahresberichte der Brünner Handelskammer, und zwar über die Arbeitsleistung und den Verdienst der Kohlenarbeiter der Roffiker Bergbaugesellschaft, welche 1891 eine neunstündige Schichtdauer eingeführt hat. Die statistischen Erhebungen haben die Thatfache ergeben, daß, während 1882—84 bei einer Schichtdauer von elfenhalb Stunden 2188 853 Doppelzentner Steinkohlen gefördert wurden, 1891—93 bei einer Neunstundenschicht die Förderung auf 2800 562 Doppelzentner gestiegen war. 1893—96 stieg die Gesamtförderung auf 3150 367 und 1897 sogar auf 3344 000 Doppelzentner. Auch die Leistung pro Mann und Schicht ist seit der Einführung der Neunstundenarbeit gestiegen. Während bei der früheren Arbeitseinteilung der Jahresdurchschnitt pro Mann 1594 Doppelzentner betrug, ist er 1894—96 auf 2178 Doppelzentner angewachsen. Auch die Löhne haben sich dementsprechend gebessert. Während der Bauer früher 1 Gulden 21 Kreuzer verdiente, tragen ihm jetzt die neun Stunden Arbeit einen Verdienst von 1 Gulden 46 Kreuzer ein.

Serbien.

Aus Belgrad wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Hier erschien eine Flugchrift, die sofort nach dem Erscheinen konfiszirt wurde, die den sensationellen Titel „Der König ist wahnsinnig“ trug. — Der Autor, der ein ehemaliger Hofangestellter sein soll, sagt uns, daß die große Nervosität, an welcher Alexander seit längerer Zeit litt, in einen wirklichen Wahnsinn ausartete, seitdem er in Biarritz beinahe ertrunken war. Eine große Anzahl sehr interessanter Einzelheiten aus dem Leben und der Regierung des hiesigen Königs giebt uns der Autor, um diese seine Behauptung zu bestätigen. Und was nun? fragt er sich. Die Regierung arbeitet ernstlich daran, Milan wieder einzusetzen, wird aber das serbische Volk dies zulassen?

Der Autor zählt alle Greuelthaten der früheren Regierung Milans auf und ruft am Ende aus: „Alexander ist krank — Milan ist aber ein Verräther.“ — Es bleibe uns nichts Anderes übrig, als den beiden die Thüre zu zeigen, um so endlich Herr in unserem eigenen Hause zu werden. „Serbien gehört dem serbischen Volke, das es befreit und erhalten hat. Die Obrenowitsch haben kein Recht auf unser Vaterland; sie zeichneten sich bis heute nur durch Verrath aus.“

Die Broschüre macht um so größeren Eindruck, als man glaubt, daß ihr Autor dem Hofe nahe steht oder wenigstens gestanden hat. Die serbischen Blätter, die sich über die Broschüre äußern wollten, wurden beschlagrahmt. In den Regierungskreisen ist man bemüht, die unangenehme Affäre todzuschweigen, da eine neue Anleihe bevorsteht und man den Glauben erwecken muß, daß das Land Ruhe und Ordnung genießt. Aber der Eindruck, den die Broschüre beim Volke hinterlassen hat, bleibt und wird nicht leicht verwischt werden.

Amerika.

Der Konflikt zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten ist am Montag wieder einen Schritt weiter zur Entscheidung gediehen, und zwar in der Richtung zum Schlimmen. Senat und Repräsentantenhaus haben sich nach längerem Hin- und Herverhandeln auf eine gemeinsame Resolution geeinigt, deren Ausführung jetzt Aufgabe des Präsidenten sein wird, wobei der Ausbruch des Krieges unvermeidlich erscheint. Ueber die Verhandlungen der beiden Häuser am Montag liegen außer den schon gestern gemeldeten noch folgende telegraphische Meldungen vor:

Washington, 18. April. Das Repräsentantenhaus schloß sich nicht der Resolution des Senats an, worauf der Ausschuß beider Kammern zusammentrat. Derselbe erzielte jedoch keine Einigung. Der Senat lehnte es daraufhin mit 40 gegen 39

Stimmen ab, andere Delegirte für eine neue Konferenz zu ernennen.

Der Beschluß des Senats wurde der Repräsentantenkammer übermittelte. Dingley hielt das Amendement der Kammer aufrecht und beantragte eine gemeinsame Ausschussung beider Häuser. Ein von Bromwell eingebrachter Antrag, nach welchem das Repräsentantenhaus den Resolutionen des Senats beitrifft, wurde mit 172 gegen 148 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde der Antrag Dingley ohne Abstimmung angenommen.

Das Repräsentantenhaus fandte die Resolutionen an den Senat zurück mit der Bitte um Abhaltung einer gemeinsamen Ausschussung. Der Senat nahm einen von dem Senator Davis gestellten Antrag zu Gunsten einer sofortigen gemeinsamen Ausschussung an. Das von dem Repräsentantenhaus angenommene Amendement zur Resolution des Senats streicht die Anerkennung der kubanischen Republik, behält jedoch die Worte bei: „Kuba soll frei sein“.

Washington, 19. April. Die Mitglieder des gemeinsamen Ausschusses nahmen um 1 Uhr Morgens die Resolution des Senats an, ausgenommen die Anerkennung der Unabhängigkeit der kubanischen Republik. Der Senat genehmigte hierauf mit 42 gegen 35 Stimmen, das Repräsentantenhaus mit 310 gegen 6 Stimmen den bezüglichen Bericht. Die Sitzung des Senates schloß um 1 Uhr 50 Minuten früh, die des Repräsentantenhauses um 2 Uhr 45 Minuten früh. Während der Unterbrechung der Sitzung des Repräsentantenhauses gestern Abend 8 Uhr sammelten sich die Mitglieder des Hauses in der Wandelhalle und sangen patriotische Lieder. Die unannehmliche von beiden Kammern angenommene Resolution geht heute dem Präsidenten Mac Kinley zu.

Wäre nach dem bisherigen Verhalten des Präsidenten noch zu hoffen, daß er gegen den Beschluß sein Veto einlegen werde, wofür aber auch der allergeringste Anhalt fehlt, so ist das jetzt bei der großen Stimmenzahl für die Resolution völlig ausgeschlossen, weil es absolut nutzlos sein würde. In diesem Falle müßte nämlich nach der amerikanischen Verfassung der Kongreß binnen zehn Tagen noch einmal abstimmen. Ergiebt sich bei der zweiten Abstimmung eine Zweidrittelmajorität für die ersten Beschlüsse, so werden sie Gesetz, trotz des Veto des Präsidenten.

Die Zweidrittelmajorität ist aber schon jetzt mehr als vorhanden. Die Annahme der Resolution ist also ziemlich gleichbedeutend mit der Kriegserklärung, da Spanien sich ja zweifellos nicht dem Ultimatum des Präsidenten unterwerfen wird.

Ueber die Lage auf Kuba bringen die „Times“ einen Bericht, dem Folgendes entnommen ist:

„Jedermann, Spanier wie Ausländer, ist der gegenwärtigen Lage so satt, daß man den Krieg mit dem Verein. Staaten als eine willkommenere Aenderung betrachten würde, wiewohl die Spanier sich sagen, daß auf die Dauer der Krieg verhängnisvolle Folgen für sie haben müsse. Zahlreiche Familien verlassen die Insel und namentlich in den letzten 10 Tagen war der Auszug bedeutend. Alle Geschäfte liegen vollständig darnieder. Niemand wagt, noch etwas zu unternehmen. Die Schiffahrtsagenten fürchten, wenn sie Schiffe befrachten, würden diese beim Ausbruch eines Krieges weggenommen oder in einem kubanischen Hafen blockirt; wenn man daher noch Frachtgelegenheit findet, muß man hohe Sätze bezahlen. Die einzigen Leute, die bei den jetzigen Umständen ihr Auskommen finden, sind die Armeelieferanten und eine Anzahl Offiziere, die aus dem Dienst entlassen würden, wenn der Friede geschlossen würde. Die von Spanien bewilligte Autonomie kann eigentlich nicht als populär bezeichnet werden, möglicher Weise würde der Rückzug der spanischen Truppen die Auffassung bessern. Für den Augenblick jedoch wollen diese Truppen durchaus den Krieg mit den Vereinigten Staaten, während für die Insel der Friede dringend notwendig ist; wie er auch herbeigeführt werden möge, er muß innerhalb drei Monate hergestellt sein, wenn Kuba vor dem gänzlichen Ruin gerettet werden soll. In dem Juni, Juli oder August fällt die Hauptarbeit auf den Zuckerrohrfeldern, wo die Ernte vorbereitet werden muß, weshalb die Pflanzter sehr wohl wünschen, bis dahin den Frieden gesichert zu sehen. Mittlerweile werden die Vorbereitungen zum Kriege eifrig betrieben. Am 31. März, Abends, besah sich Marschall Blanco die höheren Offiziere der Freiwilligenregimenter nach dem Palast, wo er ihnen die Lage erklärte und die Bataillonskommandeure aufforderte, ihre Leute zu möglichst kräftiger Kriegstüchtigkeit auszubilden, auch die Werbungen eifrig zu betreiben. Diese Freiwilligenregimenter bestehen nur aus Spaniern, da die Kubaner vom Heresdienste gänzlich befreit sind, auf den Listen der Freiwilligen-Regimenter Kubas werden gegenwärtig etwa 45 000 Mann geführt.“

Lübeck und Nachbargebiete.

20. April.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Evers, Kommandit-Gesellschaft, Kakeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Vorstand der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“

F. A.

S. Breithaupt.

Zur Maifeier ersuchen wir auch die Genossen aus den ländlichen holsteinischen und mecklenburgischen Nachbargebieten um rege Theilnahme. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß unsere Freunde und Volkbotenleser daselbst in den Kreisen ihrer Bekannten und Kollegen dahin wirken werden, daß auch die Proletarier des Landes sich zahlreich dem Demonstrationzug der organisirten Lübecker

Arbeiter anschließen. Es läßt sich dies um so leichter erreichen, als ja die Feier an einem Sonntag stattfindet.

Arbeiter, rüffet zum 1. Mai!

Wahlbewegung. Die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen werden ersucht, von den Wahltagblättern, die während des bevorstehenden Wahlkampfes in den betreffenden Kreisen erscheinen — gleichgültig ob von unserer oder von gegnerischen Parteien herausgegeben — je ein paar Exemplare an das Parteibureau, Adresse: J. Auer, Berlin S.W., Kappelerstraße 9, einzusenden. — Für den Verbreitungskreis dieses Blattes wird es sich empfehlen, daß die Parteigenossen der Redaktion von den Tagblättern einige Exemplare übermitteln, damit die Uebersendung an das Parteibureau einheitlich geregelt werden kann. — Wir erinnern gleichzeitig wiederholt die Genossen allerorten an unsere Bitte, uns von allen gegnerischen Veranstaltungen — Versammlungen, Flugblattvertheilungen u. s. w. — sofort Mittheilung zu machen. Es scheint, als wenn man an manchen Stellen hierauf nicht das nöthige Gewicht legt. Wir sehen voraus, daß dieser Hinweis genügt. Adresse unverändert. Veruh. Effinger, Lübeck, Johannisstr. 50.

Staatssozialismus ist es nach Ansicht des freisinnigen Reichstagskandidaten, Wape, wenn für Anlegung von Fabriken, welche unangenehme Gerüche zu verbreiten pflegen — Ränchereien u. dergl. — geeignete Staatsländereien zwecks Pflanzung zur Verfügung gestellt werden. — Wenn der Staat seinen Grund und Boden gut bezahlt erhält, so ist das doch ein Kaufgeschäft, daß nicht einmal mit dem harmlosen Ratheserwerb etwas zu schaffen hat! Staatsländereien werden doch recht oft verkauft, ohne daß man dahinter etwas Vermuthet, worauf jenes Wort angewandt werden könnte.

Zur Entlastung der Holstenstraße haben die Einwohner der Schmiedestraße nach Angabe des Amtsblattes den Senat ersucht, er möge bei Regulierung der Holstenstraße den Bau einer direkten Verbindungsstraße zwischen Schmiede- und Holstenstraße in Erwägung ziehen. Ihr Vorschlag geht dahin, neben dem Roff von der Holstenstraße nach der Schmiedestraße einen geeigneten Zugang und gleichzeitig bei der Petrikirche einen mit Anlage zu verschenden Platz zu schaffen. — So taucht fast alle Tage irgend ein neues Projekt auf.

Das **Rechtlichprojekt** spulte auch in der letzten Versammlung des Industrievereins. Der Sekretär der Handelskammer, Herr Dr. Siwert, meinte hinsichtlich der Pflanzung der Ränchereien, entscheidend sei für letzteren die Nähe des Bahnhofes. Wenn z. B. der Bahnhof nach dem Rathesreich käme, dann würde die Räncherei von Schumacher Werth auf einen direkten Anschluß an die Bahn legen.

Eine **Volkversammlung**, welche von etwa 500 Personen besucht war, tagte gestern Abend in den „Zentral-Hallen.“ Nach einem Referate des Genossen Kretschmer-Hamburg, in welchem die Zustände im Bäcker-gewerbe im allgemeinen und die bekannten Vorgänge auf der Ewers'schen Brodfabrik im Besonderen einer scharfen Kritik unterzogen wurden, nahm nach unwesentlicher Detail des Bäcker-gewerbes betreffende Diskussion die Versammlung einstimmig die nachstehende Resolution an:

Die heutige Volks-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und billigt, nachdem sie Kenntniß genommen hat von den unsäubereren Zuständen auf der Ewers'schen Brodfabrik, die von den organisirten Bäckern gestellten Forderungen, welche lauten:

1. Wiedereinstellung der auf genannter Fabrik gemäßigten organisirten Bäckergesellen.
2. Einführung reinlicher Zustände auf genannter Fabrik aus allgemein sanitären Gründen.

Der Fernere beschließt die Volksversammlung, einen hohen Senat der Freien und Hansestadt Lübeck zu ersuchen, Schritte zu thun, um allen Lübecker Bäckereien gegenüber eine schärfere Kontrolle einzuführen, damit das Brod, welches von Jung und Alt, von Reich und Arm täglich gebraucht wird, so sauber und reinlich hergestellt wird, wie es das gesundheitliche Interesse der Gesamtbevölkerung verlangt.

Das Bureau der Versammlung ward beauftragt, den Senat von dieser Resolution in entsprechender Weise Kenntniß zu geben. Hoffentlich entschließt derselbe sich zu ähnlich energischen Maßnahmen, wie der Hamburger Senat.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Maurer und einen Arbeiter, welche in der Hasenstraße ein leeres Delfaß gestohlen haben sollen. — Einen Mo:dsbrauch muß ein Tabakarbeiter gehabt haben, welcher einen Schneider wegen Diebstahls zur Anzeige brachte, die angeblich gestohlenen Sachen aber nachträglich in seinem Bette wiederfand.

Die **Holzhieste** halten Sonnabend eine Versammlung ab, in der ihr Verbandsredakteur Bahle-Berlin über „Zweck und Einrichtung des Gewerksvereins“ reden wird, und zu der bezeichnender Weise die nichtorganisirten Kollegen eingeladen werden. — Die hiesige Filiale des Firsch-Dunder'schen Gewerksvereins der Tischler ist bekanntlich wie ihre metallene Schwester ein Produkt des Streits und besteht fast ausschließlich aus Arbeitswilligen. Ihre Versammlungen zu besuchen, hat ein gewerkschaftlich organisirter Arbeiter aus naheliegenden Gründen keine Ursache. Ob vielleicht berathen werden soll, wie man durch weitere Verforgung der Torkuhl'schen Werkstatt den Zweck einer Organisation illustriren kann?

In das **Handelsregister** ist am 19. April 1898 eingetragen: auf Blatt 787 bei der Firma „S. N. Nissen“

die Procura der Ehefrau Maria Magdalena Nissen geb. Roffack ist erloschen; auf Blatt 2041 die Firma S. Roesple u. Eggers. Ort der Niederlassung Lübeck. Inhaber: 1. Heinrich Johann Frey Roesple, Sattler in Lübeck, 2. Otto Jürgen Hans Eggers, Kaufmann in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft seit dem 1. April 1898; auf Blatt 1821 bei der Firma Lübeck-Whborger Dampfschiffahrts-Gesellschaft: In Ausführung des Beschlusses der Generalversammlung der Aktionäre vom 18. August 1897 ist das Grundkapital der Gesellschaft um 110 000 Mark erhöht. Dasselbe besteht nunmehr aus 350 000 Mk. und ist eingetheilt in 350 auf Namen lautende Aktien zu je 1000 Mk.

Erklärungen. In der Sitzung des Amtsgerichts vom 18. d. Mts. haben die unverschickte Ida Klein, gebürtig aus Wartenburg i. O.P., in Veranlassung ihrer bevorstehenden Verheirathung mit dem Instrumentenscheifer Hermann Heinrich Friedrich Hentchel hieselbst und die Ehefrau des Bäckers Wilhelm Friedrich Gustav Klinggraff, Bertha Ernestine Caroline Frieda geb. Wiese, wohnhaft hieselbst, die Erklärung abgegeben: daß sie für die Verbindlichkeiten ihrer Ehemänner überall nicht haften wollen.

X **Entlu.** Holzverkauf. Renier Renndorf. Montag, den 25. April, kommen beim Gastwirth Wöhrner in Renndorf zum öffentlichen Verkauf: 1. Luisenholzerholz Nadelholz: 110 Stämme — 21,19 Fm., Nr. 1—21. Buchen-Durchforstungsholz: 127 Fm., Nr. 22—147. Eichen-Durchforstungsholz: 36 Fm., Nr. 148—184. 2. Butterberg. Birken: 94 Stangen — 9 Fm., Nr. 185—193. Eichen-Durchforstungsholz: 44 Lohf., Nr. 194—237. Zusammenkunft der Käufer: Nachm. 3 Uhr.

Mayeburg. Selbstmord? Zu der unter dieser Stichmarke gebrachten Notiz theilt uns ein Herr C. Berger, Enkel des verunglückten Herrn Simon, mit, daß weder Selbstmord noch Geistesstörung, sondern ein Unfall, verursacht durch das Feuer und die Kurzsichtigkeit des alten Mannes, welcher nur ein Auge hatte, vorliege. Wir hatten eine bestimmte Behauptung auch nicht aufgestellt, sondern durch ein Fragezeichen die am Orte herrschende Muthmaßung angedeutet. Herr Berger hätte sich bezweigen die deplacirte Drohung hübsch sparen können, daß er im Falle der Nichtberichtigung uns an anderer Stelle sprechen werde. Wir geben jedem berechtigten Wunsche gerne nach, mit solchen Hinweisen auf das bekannte „andere Forum“ können uns jedoch Leute, die nicht einmal die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften kennen, nicht imponieren.

Hamburg. Birkus Menz. Der hiesige Birkus Menz wurde, wie der „Frk. Bg.“ telegraphirt wird, an Direktor Schumann für 400 000 Mark verkauft. Schumann behielt sich jedoch das Rücktrittsrecht innerhalb fünf Monaten vor.

Kiel. Der Jahresbericht des Gewerbe-gerichts zeigt einen Rückgang der Prozesse um circa 16 1/2 pCt. Im Jahre 1896 waren 493 Klagen anhängig, im Jahre 1897 nur 412. Der Bericht erblickt die Ursache des Rückganges darin, „daß durch die nun schon mehrjährige konstante Rechtsprechung der Gewerbeberichte immer mehr Klarheit über die gegenseitigen Rechte und Pflichten und über die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Gewerbe-Ordnung in die betheiligten Kreise hineingetragen ist.“ Geklagt haben in 405 Fällen die Arbeiter gegen Unternehmer und in 7 Fällen letztere gegen erstere. Die Gesamtzahl der berufungs-fähigen, d. h. einen Streitgegenstand von über 100 Mk. Werth betreffenden Prozesse betrug 21, während nur in 3 Fällen Berufung eingelegt wurde. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht einmal, im Tischlerstreit, angerufen worden; die Vereinbarung zwischen den Parteien kam zu stande.

Kiel. Marineunfall. Auf der Uebungsfahrt des ersten Geschwaders wurden, wie der „Frk. Bg.“ telegraphirt wird, bei Slagen drei Matrosen des Flagggeschiffes über Bord gespült; einer derselben ertrank.

Bremervorhaben. Rettung aus Seenoth. Der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Saale“ von Genua in New-York angekommen, hat auf See ein Rettungsboot mit nur zwei Insassen, die fast dem Tode nahe waren, aufgespürt. Die Geretteten sind, wie sie angaben, die beiden einzigen Ueberlebenden von dem englischen Schiffe „Marlborough“, 1383 Tons, aus Windsor, N. S., das vom Heimathshafen mit einer Ladung Bauholz nach Sharpness bestimmt war. In einem fürchterlichen Sturme wurde das Schiff wrack. Nur ein Boot konnte in's Wasser gelassen werden, und da dieses nicht im Stande war, die ganze Besatzung, 17 Personen, aufzunehmen, stellten die Schiffbrüchigen ein Floß her, indem sie von ihrem Schiffe herrührende Planen, die auf See umhertrieben, zusammenlachten. Weber im Boot, noch auf dem Floß war irgend welcher Proviant vorhanden. Alle hatten schrecklich unter Durst und Strapazen zu leiden, und Kapitän Cochrane starb vor Erschöpfung. Nach drei Tagen trieb das Floß von dem Boote weg und man verlor dasselbe aus Sicht. Die Insassen des Bootes starben einer nach dem anderen vor Erschöpfung, bis nur die beiden Geretteten überlebten.

Lüneburg. Reichstagswahl-Agitation. Die Welfen hatten am Sonntag zwei Wähler-versammlungen anberaumt, in Amelinghausen und in Salzhausen. Der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Wangenheim war in Begleitung der Herren Grumbrecht und Porth-Lüneburg, von Meding-Schnelleburg und Herr-Hannover erschienen, von denen letzterer das einleitende Referat hielt. Sowohl Nachmittags in Amelinghausen, als auch Abends in Salzhausen erhielt in der Diskussion der Kandidat unserer Partei, Genosse Emil Fischer-Hamburg das

Wort, um den Standpunkt der Sozialdemokratie zu vertreten. Herr von Wangenheim ging mit den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirthe scharf in's Gericht, ließ jedoch dem Bund der Landwirthe volle Gerechtigkeit widerfahren. Da uns in beiden Orten keine Lokale zu Versammlungen zur Verfügung stehen, müssen wir die gegnerischen Versammlungen zwecks Agitation für uns benutzen, was diesmal mit gutem Erfolg geschehen ist. — Am Montag fand in Lüneburg eine von uns einberufene öffentliche Wählerversammlung statt, an der auch viele Frauen Theil nahmen. Nach einem Referat des Genossen E. Fischer über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen und einer Diskussion über die zu erledigende Agitationsarbeit wurde ein Wahlkomitee gewählt, das die Agitation zu leiten hat.

— Wie verlautet, hat der von den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirthe als Reichstagskandidat aufgestellte Antikarath Hagelberg-Luene, der Landtags-Abgeordnete des Kreises, sich dem Bund der Landwirthe gegenüber schriftlich verpflichten müssen, von der Kandidatur zurückzutreten zu wollen, wenn es dem Bunde gelingt, einen geeigneteren Kandidaten zu finden!

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Wählerversammlung, welche von etwa 40 Personen besucht war, fand am Sonntag im Lokale des Herrn Mohr. Nachdem Genosse Th. Schwarz über „Zweck und Nutzen der Organisation“ einen beifällig aufgenommenen Vortrag gehalten, wurden von verschiedenen Kollegen die Wählstände auf der

Erwer'schen Brodfabrik einer Kritik unterzogen. Von ausführlicher Verhandlung und Beschlüssen ward mit Rücksicht auf die öffentliche Versammlung Abstand genommen.

Steuerhaushalt.

Hamburg, 19. April
Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Ingefolgt wurden 1880 Stk. Preise: Verbandschweine, schwere 50—52 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 42—46 Mk. und Ferkel 52—53 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. Deutschland, Kapt. Ohlen, ist am 19. April in Riga angekommen.
D. Burg, Kapt. Thiel, ist am 19. April in Neumühlen angekommen.

Gestern stark plötzlich und unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe Nichte
MINNA
im Alter von 1 Jahr und 19 Tagen. Dies zeigen an die schwergeprüften Eltern
F. Tiekens u. Frau, geb. Lantau.

Taufung.

Allen denen, welche meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen, sowie denen, welche mir in bebrängter Lage hilfreiche Hand geboten haben, sei hiermit mein tiefgefühltester Dank gesagt.
H. Gröning, Engelsgrube.

Logis mit Verköstigung billig

Wislstraße 39.

Zu verm. ein febl. möbl. Zimmer nach vorne mit Morgens Kaffee, die Woche 2 Mk. Brüderstraße 5, 2. Et.

Wünsche zum Juli 800 bis 900 Mark sicher zu belegen. Angebote unter O an die Expedition d. Bl. erbeten.

Ludw. Prösch, Buchbinder,
Biedergrube 50, im Gartengebäude.

Brod
aus der St. Jürgen-Brodfabrik (Erwer's) Commanbit-Gesellschaft beziehe ich nicht mehr.
Heinr. Cords, Engelsgrube 35.

Neue Lachsringe

täglich frisch geräuchert.
Räucherei Dornstraße 17 a.

Eimer-Bier
jeden Dienstag und Freitag von Nachmittags 4 bis 10 Uhr und jeden Mittwoch und Sonnabend früh von 6 bis 8 Uhr in der Malz- u. Weißbierbrauerei
Ferd. Weiermiller, Schwart. Allee 3b.

Hochfein gebr. Caffee
Pfd. 80, 100, 120, 140, 150 Pfg., empfiehlt
Heinr. Cords, Engelsgrube 35.

Leberwurst

Pfd. 45 Pfg.

G. Hamann, Gr. Gröpelgrube.
Gochsine Margarine Pfd. 50 u. 60 Pf.
Prima weißes Schmalz Pfd. 40 Pf.
Prima süße Pflanzen Pfd. 20 u. 30 Pf.
Prima Ringäpfel Pfd. 50 Pf.
empfehlen

Fein schmeckt

ein jeder Berger Flohmering, welcher in meinem Essig marinirt wurde.

H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.
Essigfabrik etc., Fischergrube 61.

Schulbücher

in den neuesten Auflagen, dauerhaft gebunden empfiehlt billigt
J. J. Lindrob, Lg. Lohberg 39.

Halt!

Der billige Laden befindet sich jetzt:
Untertrave 21
zwischen Engelsgrube und Gr. Altesfähre.
Neu eingetroffen:

Schulpensilien.

S. Hildebrand.

Messer, Scheren, Waffen,
Jagdgeräthe u. Munition
in größter Auswahl billigst.

Heinr. Oldorf, Holstenstr. 32.
Reparaturwerkstatt und Schleiferei.

J. C. W. Schult's Gasthaus
Zuh.: F. Stokers (früher Lübeck)
Hamburg-St. Pauli
Keeperbahn 57/58 (Ecke Sophienstr.)
hält sich einem geehrten Publikum bestens empfohlen.
Vorzügliche Küche, ff. Biere.
Elegant eingerichtete Logitzimmer mit electr. Beleuchtung Mk. 1,25 bis 2,50.

Wegen Verlegung meines Geschäfts nach Breitestr. 21

Ausverkauf

sämmtlicher Schuhwaaren zu äußerst billigen Preisen.

A. Drenske Nachf.

Johannisstraße 9.

Auf unsern
Ausverkauf
von sämmtlichen
emailirten Geschirren
wegen Geschäftsverlegung
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen
machen wir ganz besonders aufmerksam
Anerkannt billigste Bezugsquelle von
Petroleum-Kochmaschinen
zu nochmals ermäßigten Preisen.
Neueste Facons. — Allerbeste Konstruktion.
Frankenthal & Co.
Detail-Verkaufsstelle emailirter Geschirre.
Markt 15. Bitte unsere Schaufenster zu beachten. Markt 15.

Lunge u. Hals.

Kräuter-Thee. Russ. Knötlich (Poligonum avic.) ist ein vorzügliches Hausmittel bei allen Erkrankungen der Lunge. Dieses durch seine wirksamen Eigenschaften bekannte Kraut gedeiht in einzelnen Districten Russlands, wo es eine Höhe bis zu 1 Meter erreicht, nicht zu verwechseln m. d. in Deutschland wachsenden Knötlich. Wer daher an Phthisis, Luftröhren-(Bronchial-)Katarth, Lungenentzündung, Pleuritis, Keuchhusten, Asthma, Athemnoth, Brustbeklemmung, Husten, Hämorrhoiden, Blutungen etc. etc. leidet, namentl. aber dasjenige, welches d. Keim z. Lungenschwundtucht in sich vermutet, verlange u. bereite sich d. Absud dies. Kräuterthees, w. o. h. i. Packet. z. I. Mark b. Ernst Weidemann, Liebenburg a. Harz, erhältlich ist. Brochure n. m. ärztlichen Aeusserungen u. Attesten gratis.

Zeugnisabdruck. Bitte gefälligst mir eine zweite Kiste von 5 Packeten Brustthee echt russ. Knötlich zu senden. Ich war mit der vorigen Sendung sehr zufrieden, wegen der guten hervorbrachten Wirkung. Achtungsvoll **Laeroix**, Pfarrer in Lubek, Lothringen.

Mai-Feier.

Diejenigen Gewerkschaften und Vereine, welche sich noch nicht zum Ausflug gemeldet haben, werden ersucht, dieses bis längstens Sonnabend den 23. d. M. beim Genossen Stolle zu veranlassen, widrigenfalls dieselben bei der Ausloosung nicht berücksichtigt werden können.

Das Comité.

Wein- u. Spirituosen-Handlung

von **August Dose, Meierstraße 27**

empfehlen
in feinsten Qualität und allen Preislagen:
Crummefter Doppel-Kümmel,
Wesselschen Doppel-Kümmel,
Arrac, Cognac, Rum, Bittern,
Roth-, Weiß- und Rheinwein,
Tokajer-, Samos- u. Portwein,
ff. Kochwein.

Niederlage der Weingroßhandlung von **J. C. Engelhard & Söhne.**

Verkauf zu Originalpreisen.

Grosse Auction!

heute Donnerstag den 21. und Freitag den 22. April, Morgens 9 1/2 Uhr und Nachm. 2 1/2 Uhr, in der Hundestraße 14, Gasthof „Stadt Schleswig“
über: ein großes Schuhwaarenlager, bestehend aus starken Arbeiterschuh, Herren- und Knaben-Broggeln, Turnschuhen, Damen-Ball- und Promenadenschuhen, ferner 5000 Meter Kleiderstoffe, bessere Herren-Anzüge, Besatz-Artikel, Kinderschürzen, einen Vollen Kessel, Forzen, Messer, Porzellan-Plattmenagen, Regulateure, eine Farbmühle, Colonialwaaren, Döringseife, getragene Kleidungsstücke, ein antiker Spiegel, Bettstellen, eine Seeliste, Fußbodenbretter und Balken, Betten und sonstige Mobilien.
NB. Die Mobilien kommen Freitag zur Versteigerung.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Feinste Tafel-Butter
Pfund 90, 95 und 100 Pfg.
Van den Bergh's
holländisch. Süßrahm-Margarine
Pfund 45, 50, 55 und 60 Pfg., bei Abnahme von 2 Pfund 5 Pfg., bei Abnahme von 4 Pfund 2 Pfg. 5 Pfg. billiger.
Holstenstraße 6. **Aug. Holst.**

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Ordentliche General-Versammlung der Vertreter am Countag den 24. April 1898
Vormittag 10 1/2 Uhr
im Hause des Bürger-Vereins, Königstraße 25.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Statutenänderung (Erweiterung der Kassenleistungen § 13, Verlängerung der Ausgehzeit § 28 des Statuts u. s. w.)
3. Wahlen zum Vorstände und Rechnungsprüfungsausschusse.
4. Verschiedenes.
Die Erfahmänner der Generalversammlungsvorstande sowie die freiwilligen Krankenkassensoren können der Versammlung als Zuhörer betheiligen.
Lübeck den 12. April 1898.
Der Vorstand.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei
G. G. m. b. H.
Ordentliche General-Versammlung am Donnerstag den 21. April
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1898.
Antheilscheine legitimiren.
Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter!

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die Mitglieder-Versammlung am Freitag den 22. d. M. ausfällt. Anstatt dessen findet am Mittwoch den 27. d. M. eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt, welche an dieser Stelle noch näher bekannt gemacht wird.
Der Vorstand.

Vitriol.

Es sei hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß die Kunst-Ausstellung im Casinoaal nur noch kurze Zeit geöffnet bleibt. Jeder möge sich daher beeilen, die berühmten Colonelbilder „Vitriol“ und „Felicie“ schleunigst zu besichtigen. Bekanntlich haben diese Kunstwerke überall Aufsehen erregt.
Ermäßigtes Entree 20 Pfg.

Speise-Halle Hansa

Wengstraße 24. (Mittagstisch v. 11 1/2—2 U.)
Donnerstag: Graupenuppe mit Nofinen, gebrät. Fische, Kartoffeln, Sauce, Apfelsmus.

Chronik auf das Jahr 1848.

21. April.

Schleswig-Holstein. Bei Eiderönde kommt es zu mehreren Vorpostengefechten, wobei die Deutschen zum Theil wieder starke Verluste erleiden. Die bisherigen Ereignisse hatten gezeigt, daß die Schleswig-Holsteiner für sich allein den Krieg gegen die Dänen nicht durchzuführen vermochten. — Mittlerweile waren ca. 13000 Mann preussische Truppen und ca. 10000 Mann Hannoveraner, Braunschweiger, Mecklenburger und Oldenburger, die das 10. deutsche Bundes-Armeekorps bildeten, in die Herzogthümer eingerückt. Zusammen mit den schleswig-holsteinischen Truppen und Freikorps standen jetzt den 14000 Dänen etwa 30000 Deutsche gegenüber. Der General v. Wrangel übernahm den Oberbefehl.

Das Uebermaß der Noth.

Es giebt ein bekanntes Dichterwort, das uns begreiflich machen soll, wie die Noth als Sporn zur Befreiung und Erlösung auf die Menschheit zu wirken geeignet ist:

„Mit ihrem heiligen Weiterstrahl
Die Unabwendbarkeit vollbringt
Die Noth an einem großen Tage
Was saumt Jahrhunderten gelingt.“

Sehr schön gesagt! In dieser Form wirkt der Satz geradezu befehlend.

Und dennoch kann man das, was er verspricht, nicht als allgemein gültig anerkennen. Denn es giebt eben verschiedene Arten von Noth und sie sind auch in ihren Wirkungen verschieden.

Gewiß lassen sich eine große Zahl historischer Fälle anführen, in denen die Ueberspannung eines augenblicklichen Nothstandes die Massen zum Handeln trieb und dadurch einen Umschwung herbeiführte.

Aber je nachdem die Noth sich äußert, kann sie auch eine ganz entgegengesetzte Wirkung haben.

Karl Marx hat darauf in seinem Hauptwerke aufmerksam gemacht. Er empfiehlt den Arbeitern gewerkschaftliche Organisationen zur Erringung möglichst günstiger Lebens- und Arbeitsbedingungen; er legt einer wirksamen Arbeiterschutzesetzgebung eine weitgehende Bedeutung bei und sagt ausdrücklich, für den Emanzipationskampf des Proletariats bestehe die Gefahr, daß einzelne Schichten desselben auf ein ganz niedriges Niveau der Lebenshaltung herabgedrückt würden. Denn, meint er, wenn die Noth und das Elend eine gewisse Grenze überschritten haben, so wirken sie nicht mehr als Sporn zum Kampf um ein besseres Dasein, sondern sie erzeugen Gleichgültigkeit und Stumpfheit. Sie lassen am Erfolge des Klassenkampfes verzweifeln und machen die von ihnen betroffenen Elemente eher zu einem Hemmschuh, als zu einem Hebel der sozialen Bewegung.

Diese Anschauung des großen Gelehrten der Sozialdemokratie hat in diesen Tagen eine Bestätigung aus dem praktischen Leben erhalten und zwar auf dem Kongreß der Schuhmacher Deutschlands in Mainz.

Der Vorsitzende des Kongresses, der Reichstagsabgeordnete Vogt, unser alter Kampfgenosse, gab ein Bild von der traurigen Lage der Schuhmacher. Der

Durchschnittslohn derselben beträgt kaum 15 Mk. in der Woche und so müssen die 150 000 Schuhmacher, die es in Deutschland giebt, fast durchweg ein elendes, freudloses Dasein führen. Bei vielen dieser Arbeiter ist es aber schon so weit gekommen, daß die Noth sie nicht mehr antreibt, sich mit ihren Genossen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen zu verbinden. Im Gegentheil zeigen sie gar kein Interesse für die Organisation in ihrem Gewerbe. „Die Noth lehrt betteln und macht feig“, sagte Genosse Vogt, und den besten Beweis dafür, wie demoralisierend sie wirkt, liefert die Thatsache, daß von den 150 000 Schuhmachergehilfen Deutschlands nur 15 000 sich in der gewerkschaftlichen Organisation befinden. Das stellt keine Macht vor, und diese Organisation kann bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge eine Besserstellung der Schuhmachergehilfen schwerlich bewirken.

Es ist dies um so auffälliger, als die Schuhmacher in der sozialen Bewegung eine so große Rolle gespielt haben. Dies Gewerbe hat schon vor Jahren für die Sozialdemokratie zahlreiche und tüchtige Kämpfer gestellt. Mit der Ausdehnung der Bewegung ist das Verhältnis ein ganz anderes geworden. Und daran ist, wie man sieht, die elende Lage der Schuhmacher Schuld, die eingetreten ist in Folge der Vervollkommnung der Technik, die viele Arbeitskräfte überflüssig gemacht hat. Die in Verbindung damit rasch sich entwickelnde Großindustrie hat die Löhne sinken gemacht, indem sie noch eine Menge billigerer Arbeitskräfte heranzog. Das Kleinergewerbe in der Schuhmacherei leidet unter der vernichtenden Konkurrenz der Großindustrie sehr schwer und ist nur in vereinzelten Fällen im Stande, halbwegs anständige Löhne zu bezahlen.

Man wird die Bedeutsamkeit dieser Erscheinung nicht verkennen. Sie kann sich in anderen Gewerken wiederholen, soweit es nicht schon der Fall ist. In zahlreichen Weberdistrikten, namentlich in Schlesien, ist die gleiche Erscheinung schon vor langer Zeit beobachtet worden.

Zunächst handelt es sich darum, die gewerkschaftlichen Organisationen so viel als möglich auszubauen und zu vervollkommen. Die Wichtigkeit der Arbeiterschutzesetzgebung tritt in diesem Falle ganz besonders hervor, sowie die Nothwendigkeit eines gesetzlichen Normalarbeitstages. Dazu hat der Kongreß den Vorschlag gemacht, daß in ganz Deutschland der gleiche Lohn gezahlt werden solle. Dies wird nur durchzuführen sein auf Grund eines mit den Unternehmern und Meistern zu vereinbarenden Tarifs.

Wir wünschen nur, daß es gelingt, die Schuhmacherbewegung neu zu beleben und ihr diejenige Kraft zu verleihen, die erforderlich ist, um einen entsprechenden Tarif schließlich durchzusetzen. Denn wenn die Unternehmer sich nicht einer Macht gegenüber sehen, lassen sie sich auf Nichts ein. Nur eine machtvolle Organisation kann der Verelendung wirksam entgegenreten.

Karl Marx, der scharfe Denker, hat schon bei Zeiten erkannt, welche Gefahr von dieser Seite der Arbeiterbewegung droht. In der That kann man angesichts dieser Erscheinung in einer sonst so thätigen und vorgeschrittenen Arbeiterkategorie nicht mehr an dem alten

Sage festhalten, der so oft gedankenlos ausgesprochen wird: „Es muß den Leuten erst noch weit schlechter gehen; dann kommen sie zur Erkenntniß!“ Das ist ein arger Irrthum. Wie man sieht, erwachsen aus der steigenden Noth ganz andere Konsequenzen, als so Viele sich gedacht haben. Dazu kommt, daß gerade die Arbeiter, die noch mehr oder weniger erträgliche Löhne haben, im Verhältnis am zahlreichsten sich an der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung betheiligen. Wie könnten denn sonst auch die pekuniären Opfer gebracht werden, welche bei den Wahlkämpfen, bei Arbeitseinstellungen und bei hundert anderen Gelegenheiten erforderlich sind?

Die sogenannte Verelendungstheorie erfährt durch den Mainzer Schuhmacher-Kongreß eine eigenartige Beleuchtung.

Indessen kann unseres Erachtens nur folgende Lehre daraus gezogen werden:

Wir werden niemals unser hohes Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joche des Kapitalismus, auch nur einen Augenblick außer Acht lassen. Aber während des Auflösungsprozesses der alten Gesellschaft muß mit aller Energie danach gestrebt werden, dem Arbeiter möglichst günstige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erringen, damit er nicht durch ein Uebermaß von Noth und Mangel niedergedrückt und zur Betheiligung an der großen Bewegung unfähig gemacht wird.

Die Arbeiterklasse hat die Macht und die Ausdauer, etwas zu erringen.

(„Braunschweiger Volksfreund.“)

Soziales und Partei-Leben.

Weberleud in Oberschlesien. Wie der „Oberschlesischen Volkszeitung“ aus Ratscher geschrieben wird, läßt dort die Firma S. Fränkel aus Neustadt D.S. seit einigen vierzig Jahren arbeiten. Vor mehreren Jahren errichtete sie in Neustadt D.S. eine eigene Weberei und verringerte die Anzahl der Webestühle in Ratscher. Das Elend wurde schon damals sehr fühlbar. Vor einigen Wochen nun wurde den Webern angekündigt, daß vom 1. Juli ab die Arbeiten in Ratscher ganz eingestellt werden sollten; sämtliches Werkzeug sei abzuliefern, da die Firma fortan nur in Neustadt weben lassen wolle. Nun giebt es unter den Arbeitern solche, die schon seit 25 bis 30 Jahren, andere etwa 40 Jahre, noch andere, die seit Bestehen des Geschäftes ununterbrochen für die Firma arbeiten. Alle diese sind nun brodlos. Denn Arbeit giebt es zwar in Ratscher, aber nicht solche, welche sie seit Jahrzehnten gethan. Und, um die neue zu erlernen, sind viele der nun brodlos gewordenen Arbeiter zu alt. Dann wollen auch die durch lange Arbeit schwach gewordenen Augen nicht mehr mit, da die Arbeit für die Berliner Firmen nur schwarz ist. Die Weber sehen einer traurigen Zukunft entgegen. „Wer hilft nun den Aermsten? Es wäre eine Ehrenpflicht der Firma, wenigstens diejenigen ihrer Arbeiter, die ihr in vielen Jahren treue Dienste geleistet haben, vor Noth und Elend zu bewahren.“ So bemerkt dazu die „Germania.“ Das Blatt

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von E. Spindler.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Augenblicklich verneigte sich die Pörtnerin ehrerbietig, versprach den Besuch zu melden, und verschwand in dem anstößenden Gemach. Dagobert, dem der Austritt Spaß machte, nahm von dem Vorzimmerchen Besitz, wo ein Altar der heiligen Mutter aufgerichtet war, geschmückt mit silbernen und goldenen Blumen, und wo ein ungemeinlichlicher Weihrauchduft herrschte, der aus den Zimmern des Prälaten sich zu stehlen schien. — „Recht so, guter Dhm!“ flüsterete der Knecht vor sich hin: „Du machst Dir die Gelübde leicht, wie mir's vorkommt, und suchst das Paradies Dir schon in dieser Welt zu schaffen. Wenn das Uebrige dem, was ich bereits sah, entspricht, so überredet Niemand leichter zu dem Klosterstande, als Dein Beispiel!“

Das Mädchen erschien auf der Schwelle des Gemachs, und winkte verbindlich dem Harrenden, einzutreten. Dagobert wartete keine zweite Einladung ab, und ließ die Schöne im Vorzimmer zurück. Er traute aber seinen Augen nicht, da er die Stube seines Oheims betrat. Er ging auf kostbaren Teppichen, so weich und glatt, daß er seinen eigenen Schritt nicht vernahm. Eine gelinde Wärme erfüllte das Gemach, und der Duft balsamischer Spezereien zog behaglich aus der Räucherpfanne auf, die in der Ecke am Ofen glühte. Warme und schön gewirkte Decken bekleideten die Wände vom Simse bis zum Boden. Schwellend gepolsterte Stühle luden zur Ruhe ein, wie es auch die durch grüne Fensterschirme gemilderte Tageshelle that. Ein glänzend gepulvertes Abendkleid umgab das Auge durch den Schimmer der vielen da aufgestellten Geschirre und Trinkgefäße. Ein schon zum Mittagmahle gerüsteter Rundtisch mit blinkendem Gerath geziert, in der Nähe einer zierlichen Kühlwanne, aus der kurz-

häufige Flaschen guckten, erweckte die Luft nach ledern Imbiß und Trunk. Von der Höhe des Zimmers schmetterten seltene Singvögel aus gelben Drahtkäfigen ihr munteres Lied herab. Der Besitzer all dieser Herrlichkeiten aber dehnte sich auf einem süppigen Lotterbette. Das herrlich geschriebene und in goldbeschlagenem Sammet gebundene Brevier war seiner Hand entfallen, und ein grauer Sittich hatte sich von seiner unfern stehenden Stange an langer Kette herunterbegeben, und dem Herrn auf die fleischige Linke gesetzt, die er mit dem krummen Schnabel lieblos pickte.

Dagobert hatte Ruhe genug, seinen Oheim genau zu betrachten, als sich derselbe schwerfällig von den Ruhepolstern aufrichtete, ohne jedoch die liegende Stellung ganz zu verlassen. Das war nicht mehr der hagere und bleiche Augustinermönch, mit dem ersten Anblick und den tiefliegenden niedergeschlagenen Augen, auf den sich Dagobert wohl noch zu Zeiten aus seiner frühesten Kindheit erinnert hatte. Die Zeit hatte ihn zu einem stark beirten Prälaten umgewandelt, der außer dem Kreuze, Leibten Topfen und Gold gefertigt, nichts Mönchisches mehr an sich trug. Die Haare hingen auf die Schulter, und die Eitelkeit hatte die graugewordenen durch metallische Mittel kupferbraun gefärbt. Die Augenbrauen waren auch mit trügerischer Farbe geschmückt, goldene Ringe hingen in den Ohren, glattgeschoren waren Wangen und Kinn. Kostbare Fingerreife glänzten an den Händen. Die Fülle des Angesichts hatte viel dazu beigetragen, ihm ein jüngeres Ansehen zu geben, und die Augen wie der Mund hatten einen Anstrich von ledernem Stolge gewonnen, der keine Spur der ehemaligen Klosterdemuth mehr durchblicken ließ. Dagobert, von dieser Erscheinung mehr durchblicken ließ, betroffen, neigte sich die er sich nicht träumen ließ, betroffen, neigte sich schweigend vor dem Prälaten, der durch eine nicht allzu bedeutende Kopfnugung und Handbewegung den Jüngling einlud, zu sprechen. Dagobert hatte sich wenigstens eingebilddet, von seinem Oheim bald erkannt zu werden, und schwieg, ihn unablässig betrachtend. Der Prälat fand hingegen das Betragen des Fremden sonderbar und fragte

daher mit vornehmer dringender Rede: „Was bringt Ihr, junger Herr? Was steht zum Befehl Er. fürstlichen Gnaden?“

„Ach, hochwürdigster Herr,“ begann Dagobert, bei dem die Rübrang die Oberhand gewann, „nicht des Herzogs Wille führt mich hieher, sondern mein Herz, mein Herz allein!“

Der Prälat maß ihn mit staunenden Blicken. „Seltsam,“ sprach er alsdann, „was hätte ich mit Euerm Herzen zu schaffen, da ich Euer Gesicht nicht kenne und Ihr Euern Namen hinter einem ehrenwerthen verbergen müßt?“

„Brauche ich einen Namen vor Euch?“ fuhr Dagobert dringender fort. „Sprechen nicht aus meinem Gesichte bekannte Jüge zu Euerm Gefühl?“

„Et, junger Gesell, Du wirst doch nicht...“ entgegnete der Prälat betreten und holte seine Brille aus dem Aermel. „Sendet Dich etwa... wie nennt sich Deine Mutter?“

„Wie mögt Ihr nach der Mutter fragen?“ sprach Dagobert weiter. „Die Edle ruht im Grabe; doch des Vaters Name...“

„Genug, genug, mein Sohn!“ unterbrach ihn der Oheim mit wachsender Befangenheit, und sein Blick suchte den Boden, während er ihm die Hand zum Ruffe reichte. „Du bringst mir eine böse Nachricht. Rechinald ist tot? Gott gnade ihrer Seele... Was willst Du aber begnügen? Für Dich zu sorgen, wird mir schwer werden... wir armen Geistlichen werden in diesen neuesten Zeiten gedrückt und gepöndelt, als hätten wir des Erbreiches Schätze allein... ich werde wahrlich nichts für thun können.“

Dagobert betrachtete ihn während dieser Rede, ohne zu wissen, ob der Prälat Ernst machte oder Scherz, oder ob er in einer plötzlichen Geistesabwesenheit also irre und verworren spreche.

„Wie ist Euch doch zu Sinne?“ begann er endlich, da die peinliche Verlegenheit des Geistlichen fortbauerte und sein Auge gleichsam aus dem Boden die verlagenden

